

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 30

vom 9. August 2013

Redaktion: Katja Richardt

Arbeit und Soziales

Erstes Jahr Hamburger Anerkennungsgesetz – eine Erfolgsgeschichte 2

Inneres

40 Prozent mehr Einbürgerungen im ersten Halbjahr 2013 8

Schule, Jugend und Berufsbildung

Lehrerrekord zum neuen Schuljahr..... 11

Mehr Sicherheit für Schulanfänger: Schulsenator Ties Rabe verteilt „Schultüten“ an Autofahrer 22

Bürgermeister Scholz begrüßt die „europäische Avantgarde“ 24

Wirtschaft und Innovation

Runder Tisch Offshore fordert Verlässlichkeit..... 27

Kultur

Hamburger Kunsthalle: Alexander Otto ermöglicht umfangreiche Modernisierung 29

Staatsarchiv restauriert Pläne von Fritz Höger..... 33

Zur Information

Terminkalender 35

6. August 2013/basfi-bsb06

Erstes Jahr Hamburger Anerkennungsgesetz – eine Erfolgsgeschichte

Hamburg Vorreiter bei Beratung und Begleitung

Die Bilanz nach dem ersten Jahr Hamburger Anerkennungsgesetz fällt positiv aus. Die Zahlen zeigen, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer mit wertvollen Qualifikationen nach Hamburg kommen, die zur Deckung des Fachkräftebedarfs auf dem Hamburger Arbeitsmarkt gebraucht und nachgefragt sind. Deshalb hat im letzten Jahr Hamburg als erstes Bundesland ein Landesanererkennungsgesetz vorgelegt. Seither konnten die jeweils zuständigen Stellen in gut 80 verschiedenen Berufen über 800 Anerkennungen feststellen. Das Hamburger Landesanererkennungsgesetz zeichnet sich dadurch aus, da in ihm ein Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren geboten wird. Flankierend wurde zur Unterstützung der Anerkennungssuchenden mit dem Hamburger Stipendienprogramm eine unbürokratische, finanzielle Hilfestruktur geschaffen.

Senator Scheele: „Das Anerkennungsgesetz leistet einerseits einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland und ist andererseits ein wichtiges Signal und eine Aufforderung an Zuwanderinnen und Zuwanderer: Wir brauchen Ihre Qualifikationen und Ihre Erfahrungen. Besonders deutlich wird das bereits in Berufsfeldern mit Engpässen, wie z.B. im Gesundheitsbereich. Hier konnten aufgrund des Anerkennungsgesetzes und der flankierenden Unterstützungs-Struktur Erfolge erzielt werden“.

Senator Ties Rabe: „Hamburg ist Vorreiter bei der Beratung und Begleitung von Mitbürgern mit ausländischen Berufsabschlüssen. Die Schulbehörde konnte bereits im ersten Jahr rund 270 Anträge von Lehrkräften bescheiden, zusätzlich werden 18 so genannte Weltlehrer jetzt fortgebildet, um in Hamburg erfolgreich zu unterrichten und so ihren Beruf hier ausüben zu

können. Die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse ist für die betroffenen Mitbürger ein wichtiges Zeichen der Akzeptanz“.

Das Hamburger Anerkennungsgesetz trat vor gut einem Jahr, am 1. August 2012 in Kraft. Hamburg war damit das **erste Bundesland**, welches mit dem Hamburgischen Anerkennungsgesetz ein Landesgesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbener Berufsqualifikationen vorgelegt hat. Damit konnten in Hamburg als erstem Bundesland Anträge auf eine Gleichwertigkeitsprüfung in landesrechtlich geregelten Berufen gestellt werden (s.u., Hintergrund).

In Hamburg gab es seit dem 1. April 2012 mehr als 800 Berufsanerkennungen auf der Grundlage des Bundes- und des Landesrechts. Dabei ist mindestens die Hälfte voll anerkannt. Die mit Abstand meisten Anerkennungen erfolgen im Gesundheitsbereich mit rund 300 Anerkennungen, so z.B. bei Ärzten mit 157 Anerkennungen sowie bei Lehrern mit 269 Anerkennungen.

In der Zuständigkeit der Handelskammer sind 35 Anerkennungen erfolgt, bei der Handwerkskammer waren es 79. Das Anerkennungsgesetz wirkt dort, wo es wirken soll: bei den reglementierten Berufen, in denen man nicht ohne eine staatliche Anerkennung tätig sein darf!

Darüber hinaus wurde mit dem Hamburger Anerkennungsgesetz eine Struktur aufgebaut, die Anerkennungssuchende möglichst frühzeitig und bedarfsgerecht unterstützt. Hierzu zählt der im Hamburger Landeanerkennungsgesetz geschaffene **Rechtsanspruch zur Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren**, welches für die Antragstellenden oft kompliziert und nicht leicht zu durchschauen ist. So ist oftmals schon die Suche nach dem Referenzberuf zu den eigenen im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen aufwendig genau wie die Suche nach der für diesen Referenzberuf zuständigen Anerkennungs-Stelle. Der Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung hat Vorbildcharakter für andere Bundesländer, wie z.B. Hessen.

Senator Scheele: „Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass das Anerkennungsverfahren kein rein formales „Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren“ ist. Was wir gefordert und umgesetzt haben ist eine bedarfsgerechte Beratung und Verfahrensbegleitung mit dem Anspruch der Integration in den Arbeitsmarkt!“

Hintergrundinformationen:

Am 1. April 2012 ist das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen des Bundes (kurz Anerkennungsgesetz) in Kraft getreten, das neue Anerkennungsmöglichkeiten und -verfahren vorsieht und wesentlich erleichtert. Das Bundesgesetz verbessert die Anerkennungssituation nur für bundesgesetzlich geregelte Berufe. Für landesrechtlich geregelte Berufe wie Lehrer, Erzieher und Ingenieure fehlt dem Bund die Gesetzgebungskompetenz. Erforderlich sind daher korrespondierende Landesgesetze, die die gleichen Ansprüche und Verfahren für alle landesrechtlich geregelten Berufe schaffen.

Mit dem Bundesgesetz wird ein allgemeiner Anspruch auf ein individuelles, rechtsstaatlich geordnetes Anerkennungsverfahren für alle Personengruppen mit ausländischem Berufsabschluss unabhängig von der Staatsangehörigkeit für bundesrechtlich geregelte Berufe nach einheitliche Kriterien und Verfahren geschaffen.

Bislang konnten Menschen mit ausländischen Abschlüssen diese auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur unzureichend nutzen, weil Verfahren und Maßstäbe zur Bewertung der ausländischen Qualifikationen fehlten. Dies betrifft eine große Anzahl an Menschen, laut BMBF leben in Deutschland rund 2,9 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, die ihren höchsten beruflichen Abschluss im Ausland erworben haben.

Nunmehr werden die Anerkennungsmöglichkeiten von der Staatsangehörigkeit abgekoppelt. Für viele Berufe entstehen erstmals Anerkennungsmöglichkeiten, z.B. bei den rund 350 Ausbildungsberufen im dualen System, bislang konnten hier nur Spätaussiedler anerkannt werden. Wird seitens der für die Berufe zuständigen Kammern (zuständige Stellen) festgestellt, dass keine wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden bestehen, wird die Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation festgestellt. Dabei wird auch die Berufserfahrung der Antragsteller mit berücksichtigt.

Ziel der erleichterten Anerkennung ist es, qualifikationsadäquate Beschäftigung zu erreichen, die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu fördern, das Qualifikationspotenzial hier lebender Menschen besser zu nutzen und Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

Das Hamburgische Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf folgende Berufsgruppen: Lehrer, Ingenieure, Architekten, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, Lebensmittelchemiker und den Beruf der Gesundheits- und Pflegeassistenten.

Informationen zur bundesweiten Regelung finden Sie auf dem Informationsportal „Anerkennung in Deutschland“ im Internet unter www.erkennung-in-deutschland.de

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Nicole Serocka, Pressestelle Tel. (040) 42863 – 2889 E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/basfi	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 42863 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
--	---

Anhang: Daten und Fakten

Anerkennung nach den Anerkennungsgesetzen von Bund (01.04.2012-30.06.2013) und Land Hamburg (01.08.2012- 30.06.2013)	
Anzahl der beschiedenen Anträge:	820
darunter Ärzte:	157
darunter Gesundheits- und Krankenpfleger/in:	50
darunter Gesundheitsberufe insgesamt:	300
darunter Lehramt an Hamburger Schulen:	269
darunter Ingenieure:	59
darunter Erzieherin und Erzieher:	45
darunter Berufe in der Zuständigkeit der Handwerkskammer Hamburg:	35
darunter Berufe in der Zuständigkeit der Handelskammer Hamburg:	79
darunter Anzahl der vollen Anerkennungen	432

Anerkennungsberatung in Hamburg durch das ESF-Projekt „Zentrale Anlaufstelle Anerkennung“ (ZAA) (01.10.2010-30.06.2013)	
Anzahl der beratenden Personen:	2810
Steigerung der Zahl der Beratungen mit Inkrafttreten des Hamburgischen Landesenerkennungsgesetzes am 1.8.2013 in den beiden darauffolgenden Quartalen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum:	54 %
Vereinbarung von persönlichen Beratungsterminen im dritten Quartal 2013:	318

Profil der ratsuchenden Personen in Hamburg (ZAA)	
Geschlechterverhältnis:	Zweidrittel der Beratungssuchenden sind Frauen (66,1 %).
Herkunft:	Nur 22,29 % der Anerkennungssuchenden stammen aus der EU, davon aber der Großteil mittel- und osteuropäische Beitrittsländern (15,16 % aller Beratenden). <ul style="list-style-type: none"> • Fast ein Drittel der Anerkennungssuchenden stammt aus den Nachfolgestaaten der GUS (29,26 %). Die TOP 5 - Herkunftsländer sind Russland, Polen, Iran, Türkei und die Ukraine.
Einreise:	Ein Großteil der Anerkennungssuchenden ist weniger als vier Jahre in Deutschland (38,8 %). Der überwiegende Teil lebt schon vier bis 13 Jahre in Deutschland (45 %).
Beschäftigungsstatus:	Fast zwei Drittel der Anerkennungssuchenden sind derzeit ohne Beschäftigung (59,13 %).
Deutschkenntnisse	Die meisten Anerkennungssuchenden verfügen über ein

	Sprachniveau von mindestens B1, mit dem die Integrationskurse abgeschlossen werden (86,23 %).
Qualifikation:	In der Beratung gibt es ein deutliches Übergewicht zu Gunsten der Menschen, die in ihrem Herkunftsland ein Studium abgeschlossen haben. Etwas mehr als 71 Prozent verfügen über einen akademischen Abschluss.

Förderung durch Hamburger Stipendienprogramm für reglementierte und nicht-reglementierte Berufe (01.12.2010-30.06.2013)	
Es werden Kosten erstattet, die rund um das Anerkennungsverfahren entstehen: Das können z.B. Sprachkurse, Übersetzungskosten, Kosten für Anpassungsmaßnahmen, Gebühren aber auch Hilfen zum Lebensunterhalt sein.	
Geförderte Maßnahmen	551
Geförderte Personen	256
Stipendien	36
Eingesetzte Fördergelder:	2011: 271 T € 2012: 375 T € 2013: 216 T €

6. August 2013/bis06

40 Prozent mehr Einbürgerungen im ersten Halbjahr 2013

Hamburg fordert Hinnahme der Mehrstaatigkeit

Am heutigen Dienstag (6. August) haben Hamburgs Innensenator Michael Neumann und die Leiterin des Einwohner-Zentralamtes, Johanna Westphalen, die Halbjahresbilanz der Einbürgerungen vorgestellt. Von Januar bis Juni 2013 hat es gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bei der Zahl der Einbürgerungen einen deutlichen Anstieg um rund 40 Prozent gegeben. 3.747 Hamburgerinnen und Hamburger haben in diesem Zeitraum den deutschen Pass erhalten (1. Halbjahr 2012: 2.687).

Der Senat hatte im vergangenen Jahr entschieden, sieben weitere Stellen für die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen im Einwohner-Zentralamt zu schaffen, die zum 1. Oktober 2012 mit Nachwuchskräften besetzt werden konnten. Die Erwartung, dass damit nach Ende der Einarbeitungszeit viele Verfahren künftig schneller zum Abschluss gebracht werden können, hat sich erfüllt. So reduzierte sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Einbürgerungsantrags seit Ende 2010 um fast vier Monate.

Die Entwicklung der Halbjahresergebnisse seit 2011 sieht in absoluten Zahlen wie folgt aus:

Halbjahre	Einbürgerung (inkl. Einbürgerungsinitiative)	
	erfolgt	beantragt
1. Halbjahr 2011	2.854	2.622
2. Halbjahr 2011	2.785	2.627
1. Halbjahr 2012	2.687	3.565
2. Halbjahr 2012	3.049	3.599
1. Halbjahr 2013	3.747	3.768

Die Zahl aller Einbürgerungsanträge ist gegenüber den Halbjahresergebnissen des Vorjahres um rund sechs Prozent auf 3.768 gestiegen. Der kontinuierliche Anstieg seit 2012 ist das Ergebnis der im Dezember 2011 angelaufenen Einbürgerungsinitiative. Hier ist der Anstieg noch deutlicher:

Halbjahre	Zahl der Anträge unter Berufung auf die Einbürgerungsinitiative
Dez. 2011 und 1. Halbjahr 2012	797
2. Halbjahr 2012	1.131
1. Halbjahr 2013	1.409

Seit Dezember 2011 wirbt der Senat durch ein persönliches Anschreiben des Ersten Bürgermeisters für die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den rund 137.000 Hamburgerinnen und Hamburgern ohne deutschen Pass, die die zeitlichen und aufenthaltsrechtlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen, wurden bis Ende Juni 2013 rund 75.000 Bürgerinnen und Bürger in alphabetischer Reihenfolge angeschrieben und zur Einbürgerung ermutigt. Das Schreiben soll aber nicht nur für die deutsche Staatsangehörigkeit werben, sondern es geht auch um eine weiterentwickelte Willkommenskultur für die Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln.

Die Innenbehörde geht im Übrigen davon aus, dass der Wunsch zur Einbürgerung deutlich ausgeprägter ist, als es die Antragszahlen widerspiegeln. Im Vorfeld der bevorstehenden Bundestagswahl besteht offenbar die Hoffnung, dass es nach der Wahl zur Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit kommen könnte. Möglicherweise warten viele Einbürgerungswillige vor diesem Hintergrund die weitere politische Entwicklung ab. Denn die größte Hürde beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist für viele Menschen nach wie vor der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit und damit ein Stück von Identität. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt behalten 57,3 Prozent der Eingebürgerten ihre angestammte Staatsangehörigkeit, weil z. B. das ursprüngliche Heimatland den Betroffenen nicht aus der Staatsangehörigkeit entlässt.

Neben den Unsicherheiten hinsichtlich der doppelten Staatsangehörigkeit ist für viele junge Menschen die Optionspflicht – also der Zwang, sich für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden zu müssen – ein Ärgernis. Bis Ende 2012 sind 445 junge Menschen optionspflichtig geworden. In drei Fällen trat bisher der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ein. 177 Personen haben noch nicht reagiert, obwohl die Behörde die Betroffenen bis zu viermal seit Vollendung des 18. Lebensjahres schriftlich über die Sach- und Rechtslage informiert hatte. In allen anderen Fällen haben sich die Betroffenen für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden.

Innensenator Michael Neumann: „Die Hinnahme der Mehrstaatigkeit und die Abschaffung der weltfremden Optionspflicht sind ein langjähriges Anliegen des Senats. Hamburg hat deshalb gemeinsam mit anderen Bundesländern Anfang Juli im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen. Jetzt ist der Bundestag gefordert, den Weg für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht endlich freizumachen.“

Hintergrund Optionspflicht: Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält jedes in der Bundesrepublik Deutschland geborene Kind ausländischer Eltern mit der Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich mindestens ein Elternteil mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält. Wenn diese Kinder volljährig werden, müssen sie sich - nach geltender Rechtslage - zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen ausländischen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Haben sie sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

Diese Regelung gilt auch rückwirkend für Kinder, die nach 1990 geboren sind und aufgrund einer Übergangsregelung im Jahr 2000 auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zur angestammten Staatsangehörigkeit erwerben konnten.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 – 42839 - 2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

2. August 2013/bsb02

Lehrerrekorde zum neuen Schuljahr

Schulstart mit der besten Personalausstattung aller Zeiten

Zum 1. August 2013 werden den staatlichen allgemeinen und berufsbildenden Schulen 15.245 (2010: 14.159) Lehrerstellen zugewiesen, soviel wie noch nie. Auch die Zahl der weiteren pädagogischen Stellen erreicht mit 1.596 (2010: 1.294) einen Rekordstand. Rechnerisch haben die allgemeinen Schulen auf 11,7 Schüler einen Pädagogen (2010: 12,6:1), auch das ein Rekord. Der Personalzuwachs von 7,7 Prozent seit 2010 kommt vor allem dem Ausbau der Ganztagschulen, der Verbesserung der Inklusion, der Förderung des Übergangs Schule-Beruf sowie der Verkleinerung der Schulklassen zugute. Schulsenator Ties Rabe: „Bildung ist ein klarer Schwerpunkt der Senatspolitik. Deshalb haben wir die Zahl der Lehrkräfte und Pädagogen deutlich erhöht. Es gab noch nie so viele Stellen für Lehrkräfte und Pädagogen an Hamburgs Schulen. Hamburgs Schulen sind damit auch im bundesweiten Vergleich am besten ausgestattet.“

Vor allem die Grund- und Stadtteilschulen haben von der Personalaufstockung profitiert. An den Grundschulen sinkt das Zahlenverhältnis zwischen Schülern und Pädagogen von 13,4:1 (2010) auf 11,8:1 (2013), an den Stadtteilschulen von 12,4:1 (2010) auf 11,1:1 (2013). Im Vergleich zum Schuljahr 2010 ist das – bezogen auf dieselbe Schülerzahl - ein Personalzuwachs von 13 Prozent an den Grundschulen und 11,5 Prozent an den Stadtteilschulen.

Senator Rabe: „Wenn heute noch die Personalzuweisung aus dem Jahr 2010 gelten würde, hätten Hamburgs allgemeine Schulen rund 750 Lehrkräfte und rund 270 sonstige pädagogische Kräfte weniger.“

Bedarfszuweisung allgemeine und berufliche Schulen

Stichtag	Schüler/innen	Lehrerbedarf e*	Sonst. päd.Bedarfe **	päd. Pers. gesamt

01.08.09	223.634	13.892	1.226	15.118
01.08.10	220.760	14.159	1.294	15.453
01.08.11	220.843	14.425	1.521	15.946
01.08.12	221.117	14.706	1.547	16.253
01.08.13	221.186 ***	15.245	1.596	16.841

* Zuweisung von Lehrerstellen zum 1.8. des Jahres

** Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen
sowie weitere pädagogische Kräfte zum Stichtag 30.06. des Jahres

*** Vorläufige Schülerzahl auf Basis der Personalorganisation 14.6.2013; Qualitätsgesicherte Daten liegen erst nach Erhebung der Schuljahresstatistik 2013/14 vor.

Insgesamt werden im kommenden Schuljahr rund 1.100 Lehrkräfte eingestellt, davon 583 bereits zum 1. August 2013. Aufgrund des Personalzuwachses und vieler Pensionierungen werden damit im vierten Jahr in Folge mehr als 1.000 Lehrkräfte eingestellt. Hamburgs Lehrerschaft wird dadurch immer jünger: Das Durchschnittsalter sinkt auf 45,33 Jahre, den geringsten Wert seit den 90er Jahren. Gleichzeitig bleiben Lehrkräfte länger im Dienst, das Durchschnittsalter bei der altersbedingten Pensionierung steigt im Jahr 2012 auf 63,56 Jahre. Ties Rabe: „Das sind erfreuliche Zahlen, die zeigen, dass Hamburgs Schulen gut aufgestellt sind.“

Zwei neue Stadtteilschulen, weniger Sonderschulen

Im neuen Schuljahr 2013/14 gibt es insgesamt 479 Schulen, davon 384 staatliche Schulen und 95 nicht staatliche Ersatzschulen.

	staatlich	nicht staatliche	Gesamt
Sonderschulen	13 (37)	5 (5)	18 (42)
Regionale Bildungs- und Beratungszentren	13 (-)	-	13 (-)
Eigenständige Grundschulen	191 (192)	29 (29)	220 (221)
Stadtteilschulen	59 (57)	28 (28)	87 (85)
Gymnasien	60 (60)	11 (11)	71 (71)
Erwachsenenbildung	4 (4)	1 (1)	5 (5)

berufsbildende Schulen	44 (44)	21 (21)	65 (65)
Gesamt	384 (394)	95 (95)	479 (489)

In Klammern findet sich jeweils die Vergleichszahl des Schuljahres 2012/13.

Staatliche Sonderschulen

Die größten Veränderungen gab es bei den 37 Sonderschulen. Während die 13 speziellen Sonderschulen unverändert fortbestehen, wurden die 24 Sprachheil- und Förderschulen aufgrund des durch die Inklusion eingetretenen Schülerrückgangs zu 13 neuen Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) zusammengeführt. Diese 13 neuen Zentren setzen die bisherigen Angebote der Förder- und Sprachheilschulen fort und sichern trotz des Schülerrückgangs ein gutes Schulangebot für das Wahlrecht der Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

In die neuen ReBBZ wurden gleichzeitig die 14 ehemaligen Regionalen Beratungs- und Unterstützungsstellen (REBUS) eingebunden. Neben dem schulischen Teil führen sie als Beratungsabteilungen der ReBBZ die Angebote der bisherigen REBUS-Dienststellen fort und bieten Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und andere Personen sowie Einrichtungen, die mit Schulschwierigkeiten befasst sind, Beratung und Unterstützung bei allen schulischen Problemlagen an. Die allgemeinen Schulen können in den ReBBZ Hilfe und Beratung beim Umgang und der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten.

Staatliche Stadtteilschulen

Zwei Stadtteilschul-Zweigstellen wurden aufgrund guter Anmeldezahlen und guter Arbeit in eigenständige staatliche Stadtteilschulen überführt:

Die **Stadtteilschule Humboldtstraße** (Uhlenhorst) war bislang Zweigstelle der Heinrich-Hertz-Stadtteilschule (Winterhude) und hat auf Anhieb ausreichende Anmeldungen für vier eigene Parallelklassen erhalten. Diese rasche und positive Entwicklung wird durch die Neuerrichtung gefördert.

Die **Stadtteilschule Maretstraße (Harburg)**, bislang Zweigstelle der Stadtteilschule Goethe-Schule Harburg, wurde aufgrund der positiven Entwicklung des Schulangebots mit der Grundschule

Maretstraße zu einer eigenständigen Stadteilschule Maretstraße in Langform weiterentwickelt. Die Attraktivität des Standortes begründet sich vor allem durch das besondere pädagogische Profil, außerdem durch den Schulneubau, der Teil eines Bürger- und Gemeinschaftszentrums mit Jugendhaus ist. Die Anmeldezahlen der Klasse 5 Schuljahre 2012/13 und 2013/14 belegen die Attraktivitätssteigerung der jetzt vierzügigen Schule. Darüber hinaus wurden sowohl zum Schuljahr 2012/13 als auch zum Schuljahr 2013/14 jeweils zwei siebte Klassen eingerichtet.

Staatliche Grundschulen

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es eine (eigenständige) staatliche Grundschule weniger (da die Grundschule Maretstraße nun Teil der neu gegründeten Stadteilschule Maretstraße ist).

Anstieg der Schülerzahl an den staatlichen allgemeinen Schulen

Im Vergleich zum Vorjahr rechnet die Schulbehörde mit einem Anstieg der Schülerzahl an den staatlichen allgemeinen Schulen um +1.600 von 164.700 auf 166.300 sowie mit einem leichten Schülerrückgang an den staatlichen beruflichen Schulen von 54.700 auf 54.600. Die Schülerzahl der Privatschulen bleibt nach der Prognose konstant.

Aufgrund von Jahrgangsschwankungen steigt die Zahl der Erstklässler voraussichtlich von 13.000 (2012) auf 13.500 (2013), weitere 2.000 Kinder werden die Klassenstufe 1 der Privatschulen besuchen (Vorjahr 2000).

Die Zahl der Fünftklässler wird von rund 13.000 (2012) auf 12.500 (2013) sinken. Nach Stand der Organisationskonferenzen am 9. April bleiben die Anteil von Stadteilschule und Gymnasium stabil: Demnach werden 5.946 Schülerinnen und Schüler in die 5. Klassen der Stadteilschule eingeschult (Vorjahr 6.046), 6.528 Schülerinnen und Schüler werden in die 5. Klasse des Gymnasiums eingeschult (Vorjahr 6.733).

Ein Anstieg ist dagegen im Vorschulbereich zu erwarten. Hier liegen 8.400 Anmeldungen vor, das wären 20 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler als im letzten Jahr (7.000). Allerdings liegt die Anmeldezahl bei den Vorschulklassen in der Regel erheblich über der tatsächlichen Schülerzahl. Auch im letzten Schuljahr hatten sich 8.100 Kinder angemeldet, gekommen sind dann letztlich nur 7.000.

Wie in den Vorjahren veröffentlicht die Schulbehörde für die Schülerzahl des kommenden Schuljahres lediglich Planungszahlen, die auf der Anmeldeunde aus dem Frühjahr basieren. Aufgrund von Umzügen und Umentscheidungen der Sorgeberechtigten können die tatsächlichen Schülerzahlen des kommenden Schuljahres davon abweichen. Der exakte Schülerbestand wird daher erst nach der Einschulung im Rahmen der Schuljahresstatistik im September genau erfasst.

Prognose der Schülerzahlen Schuljahr 2013/14

	Plan 2013/14 ²⁾	Ist 2012	Plan 2012 ³⁾	Diff. Plan 2013 / Ist 2012	Diff. in %
Staatliche Schulen					
Allg.bild. Schulen	166.300	164.700	166.400	+1.600	+1,0
Berufsbild.Schulen	54.600	54.700	56.300	- 100	- 0,2
Zusammen	220.900	219.400	222.700	+1.500	+0,7
Nicht staatliche Schulen					
Allg.bild. Schulen	19.500	19.500	19.300	+ - 0	+ - 0,0
Berufsbild.Schulen ⁴⁾	.	2.300	.	.	
Zusammen	.	21.800	.	.	
Insgesamt	.	241.200	.		

1) Einschließlich Schülerinnen und Schüler, die ins Ausland beurlaubt sind.

2) Basis ist die Schülerprognose auf Basis der Schuljahresstatistik 2012 und der BDA-Prognose zur Bevölkerungszahl, korrigiert durch die Anmeldezahlen in den Eingangsklassen der staatlichen Schulen (Stand Personalorganisationskonferenz 14.06.2013).

3) Basis ist die Schülerprognose auf Basis der Schuljahresstatistik 2011 und der BDA-Prognose zur Bevölkerungszahl, korrigiert durch die Anmeldezahlen in den Eingangsklassen der staatlichen Schulen (Stand Personalorganisationskonferenz 25.05.2012).

4) Prognosedaten für die nicht staatlichen berufsbildende Schulen liegen nicht vor.

Kleine Klassen

Im Schuljahr 2013/14 beträgt die durchschnittliche Klassenfrequenz an Grundschulen 1. Klasse 20,9 Schülerinnen und Schüler (Vorjahr 20,8), an den Stadtteilschulen 5. Klasse 21,9 (2012: 21,5) und an den Gymnasien 5. Klasse 26,8 (Vorjahr 27,2).

Kleinsten Hamburger Schulen

Die kleinsten Hamburger Schulen (nach Schülerzahl, ohne Sonderschulen) werden im Schuljahr 2013/14 die Grundschulen Schule Cranz (80 Schüler/innen), die Schule Neuland (99) und die Schule Altengamme-Deich (104) sein.

Größte Hamburger Schulen

Die größten Hamburger Schulen sind im kommenden Schuljahr die Stadtteilschulen Goethe-Schule Harburg (1.607 Schüler/innen, nach Ausgliederung des Standortes Maretstraße), die Julius Leber-Schule (Eimsbüttel, 1.585 Schüler/innen) und die Gyula Trebitsch-Schule Tonndorf (1.495). Es folgt die Heinrich Hertz-Schule (Winterhude) mit 1.406 Schüler/innen, deren Standort Humboldtstraße aber mit Beginn dieses Schuljahres und 213 Schüler/innen eigenständige Stadtteilschule wurde.

Die größten Hamburger Gymnasien sind das Gymnasium Grootmoor (Bramfeld, 1.286 Schüler/innen), das Gymnasium Ohmoor (Niendorf, 1.181) und das Gymnasium Lohbrügge (1.148).

Weitere wesentliche Neuerungen im neuen Schuljahr 2013/14 sind:

Veränderte Abiturprüfungen 2014

Im Schuljahr 2013/2014 werden wesentliche Veränderungen im Prüfungsablauf wirksam. Die schriftlichen Abiturprüfungen finden im kommenden Schuljahr erstmalig am Ende des vierten Semesters vom 23. April bis zum 16. Mai 2014 und nicht mehr wie bisher am Anfang des vierten Semesters statt. Dadurch bleibt vor den Abiturprüfungen mehr Zeit für den Unterricht und die Prüfungsvorbereitung. Hamburg passt sich damit der Praxis in den übrigen Bundesländern an.

Um das Abitur vergleichbarer zu gestalten und zwischen den unterschiedlichen Schulformen sowie den unterschiedlichen Schulen anzugleichen, werden ab dem kommenden Schuljahr die Schülerinnen und Schüler aller Gymnasien, Stadtteilschulen, Abendgymnasien und beruflichen Gymnasien erstmalig zentral gestellte Prüfungsaufgaben in fast allen Fächern bearbeiten. Nur noch in den vorwiegend praktisch ausgerichteten Fächern wie Musik, Bildende Kunst und Theater und einigen wenigen Fächern mit nur einer sehr geringen Zahl von Prüflingen werden dezentral Aufgaben für die schriftlichen Prüfungen von den Schulen ausgearbeitet. Diese Aufgabenvorschläge der Schulen werden in der Schulbehörde geprüft und einzeln genehmigt.

Um das Abitur bundesweit anzugleichen, haben sich die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Sachsen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg auf gemeinsame Aufgabenteile in den Prüfungsfächern Deutsch, Mathematik und Englisch in den schriftlichen Abiturprüfungen auf erhöhtem Anforderungsniveau verständigt. Die Abiturienten schreiben deshalb in allen sechs Ländern am selben Tag ihre Abitur-Klausuren (Deutsch: 6. Mai 2014, Englisch: 9. Mai, Mathematik 13. Mai 2014). Musteraufgaben zur Vorbereitung auf die länderübergreifenden Abituraufgaben stehen den Schulen seit April 2012 zur Verfügung. Im Fach Deutsch wird die Erörterung eines pragmatischen Textes, in Englisch eine Mediationsaufgabe und in Mathematik ein hilfsmittelfrei zu bearbeitender Aufgabenteil länderübergreifend Element der Abiturprüfungen sein. Die Schülerinnen und Schülern des Abiturjahrgangs werden am 27. September 2013 (Deutsch), 5. November 2013 (Englisch) und am 11. Dezember 2013 (Mathematik) zur Übung der Aufgabenformate eine verbindliche länderübergreifende Klausur schreiben.

Programm zur Förderung von Schulen in sozial schwieriger Lage

Im Schuljahr 2013/14 werden erstmals 23 Schulen mit sozial stark benachteiligter Schülerschaft gezielt gefördert. Das auf vier Jahre angelegte Programm umfasst zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung, besseren Personalausstattung und Weiterentwicklung der schulischen Angebote. Maßstab für die Auswahl der 23 allgemeinen Schulen waren wissenschaftlich erhobene Sozialdaten der Schülerschaft. Für das Unterstützungsprogramm sollen in den nächsten vier Jahren acht bis zehn Millionen Euro sowie erhebliche Mittel aus dem Schulbauprogramm bereitgestellt werden. Ein Teil der nötigen Lehrerstellen soll von weniger belasteten Schulen über einen Solidaritätsbeitrag von 0,3 Prozent ihrer Personalzuweisung finanziert werden, alle anderen Teile durch Umschichtungen aus dem Schuletat.

Die Vorschläge zielen auf eine umfassende Weiterentwicklung der Schulen und sollen in den nächsten Wochen von einer Arbeitsgruppe zu konkreten Maßnahmen weiterentwickelt werden. Aufgrund sehr unterschiedlicher Voraussetzungen an den einzelnen Schulen soll zugleich unter Beteiligung der Schulleitungen geprüft werden, welche Maßnahmen jeweils an den einzelnen Schulen umgesetzt werden können. Parallel werden Maßnahmen zur Evaluation und Erfolgskriterien erarbeitet. Ab dem Schuljahr 2013/14 soll dann die Umsetzung beginnen. Das Programm ist auf vier Jahre befristet.

Unter anderem erhalten die Schulen mehr Personal für die pädagogische Arbeit und die Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtskonzepte, zugleich werden Unterstützungsmaßnahmen

durch die Behörde und die angegliederten Institute sowie durch Stiftungen auf den Weg gebracht. Darüber hinaus sollen Unterrichtsinhalte angepasst und ein zusätzliches Lernjahr ermöglicht werden. Die Zusammenarbeit mit den Eltern soll gestärkt werden u.a. indem Eltern zu Elternlotsen ausgebildet werden.

Neuer Sozialindex zur genaueren Lehrerausstattung

Um die Schulen bedarfsgerechter mit Personal auszustatten, hat die Schulbehörde den Sozialindex (vormals sog. „KESS-Index“) der allgemeinen Schulen im letzten Schuljahr wissenschaftlich überprüfen und neu justieren lassen. Der Sozialindex bildet die soziale Lage der Schülerschaft jeder Schule auf einer sechsstufigen Skala von 1 (stark belastete soziale Lage) bis 6 (bevorzugte soziale Lage) ab. Je nach Einstufung werden einer Schule unterschiedlich viele Lehrkräfte für kleinere Klassen, sprachliche und sonderpädagogische Förderung zugewiesen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) haben im Rahmen der Überprüfung Schülerinnen und Schüler sowie Eltern jeder Schule befragt und die Sozialdaten der Wohngebiete aller Schülerinnen und Schüler einer Schule herangezogen. Die bisherigen Sozialindizes entsprachen aufgrund veränderter gesellschaftlicher Entwicklungen und Veränderung der Schulstruktur nicht mehr der Wirklichkeit.

Im Ergebnis hat sich die soziale Lage der Schülerschaft im Vergleich zu den Erhebungen von 2003 und 2005 an Grundschulen und Gymnasien etwas verbessert, an Stadtteilschulen etwas verschlechtert. Die Konsequenzen hinsichtlich der Stellenausstattung der Schulen werden in den kommenden Schuljahren aufwachsend umgesetzt. 41 Grundschulen und 19 Stadtteilschulen bekommen künftig etwas mehr Personal zugewiesen, 56 Grundschulen und 10 Stadtteilschulen etwas weniger.

Schulinspektionsergebnisse werden erstmals veröffentlicht

Im März 2013 hat der zweite Zyklus der Schulinspektion begonnen. Die Schulinspektion setzt dabei den Schwerpunkt deutlich auf die Bereiche Unterricht und Qualitätsentwicklung. Außerdem berücksichtigt die Schulinspektion nun auch die Ergebnisdaten zu Abschlüssen und Bildungslaufbahnen. Darüber hinaus werden die Bereiche Inklusion und Ganztags im Inspektionsverfahren stärker berücksichtigt. Künftig sollen die Instrumente und das Verfahren noch präziser auf diese Themen abgestimmt werden. Auch das Verfahren und die Instrumente zur

Inspektion der beruflichen Schulen und der speziellen Sonderschulen befinden sich im Prozess der Überarbeitung.

Neu ist die Veröffentlichung der Inspektionsergebnisse: Die Zusammenfassung der wesentlichen Stärken und Schwächen der Schule wird nach einem einheitlichen Verfahren im Internet fortlaufend veröffentlicht unter <http://www.hamburg.de/grundschulen> bzw. www.hamburg.de/weiterfuehrendeschulen.

Neues Konzept zur Berufsorientierung

Nur ein Viertel der Schulabgänger bis Klasse 10 findet direkt nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz. Um den Übergang von der Schule in Beruf und Studium zu verbessern, ist die Berufsorientierung als schulisches Angebot der Stadtteilschulen in den Klassenstufen 8-10 neu geordnet worden. In Klasse 8 sollen die Schülerinnen und Schüler im Lernbereich Arbeit und Beruf, der nach der Kontingenzstundentafel wöchentlich im Umfang von rund zwei Unterrichtsstunden erteilt wird, sowie in Projekten oder anderen Lernzeiten, künftig ihre berufsbezogenen Interessen, Stärken und Kompetenzen klären, Bewerbungsverfahren kennenlernen, sich über Berufsfelder informieren und sich auf die Praxiserfahrungen vorbereiten. In Klasse 9 nehmen alle Schülerinnen und Schüler verbindlich an zwei beruflichen Praktika teil. In Klassenstufe 10 wird im Rahmen passgenauer Unterrichtsmodule das Gelernte vertieft und gezielt auf den Schulabschluss und den Übergang in die weitere Ausbildung hingearbeitet. Das Konzept soll ab dem Schuljahr 2013/14 an den Stadtteilschulen erprobt und zum Schuljahr 2014/15 verbindlich umgesetzt werden.

Verlängerung des Schulversuchs „alleskönner“

Der Schulversuch alleskönner wird für drei Jahren verlängert. In den ersten fünf Jahren des Schulversuchs stand die Weiterentwicklung des kompetenzorientierten Unterrichts im Vordergrund. Darauf aufbauend kann sich der Schulversuch nun schwerpunktmäßig der Weiterentwicklung der kompetenzorientierten Leistungsrückmeldung und insbesondere der Zeugnisformate widmen. Parallel dazu werden fachspezifisch zusammengesetzte Arbeitsgruppen Standards dafür erarbeiten, über welche fachlichen Kompetenzen die Zeugnisse der Jahrgangsstufen 2 bis 7 im jeweiligen Fach Auskunft geben müssen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Zeugnisformate aller Schulversuchsschulen hinsichtlich der in ihnen vorgenommenen fachlichen Rückmeldungen vergleichbar sind

Mehr Fachunterricht in der Stadtteilschule

Der Fachunterricht in der Stadtteilschule soll vom kommenden Schuljahr an gestärkt werden. Deshalb sollen an der Stadtteilschule die bewährten Unterrichtsfächer Biologie, Chemie, Physik sowie Informatik und Technik den bisherigen „Lernbereich Naturwissenschaft“ ersetzen. Auch der bisherige „Lernbereich Gesellschaftswissenschaften“ wird in die Fächer Geographie, Geschichte und Politik / Gesellschaft / Wirtschaft aufgegliedert. Diese Neuerungen gelten für Stadtteilschulen und treten am 1. August 2013 in Kraft.

Mit der Änderung der Stundentafel und der Aufgliederung der Lernbereiche wird es Stadtteilschulen möglich, mit Blick auf die Abschlüsse (Erster Schulabschluss, Mittlerer Schulabschluss, Abitur) stärker fachorientiert zu unterrichten und mehr Transparenz bei der Notengebung zu erreichen. Mit der Änderung wird die fachliche Bildung an der Stadtteilschule stärker akzentuiert und in den Zeugnissen wieder mehr Klarheit über die einzelnen fachlichen Leistungen hergestellt.

Das Schuljahr 2013/2014 wird ein Übergangsschuljahr zur Umstellung der derzeitigen Praxis sein. Die Stadtteilschulen können den Unterricht bereits in Fächern oder noch in Lernbereichen anbieten. Zugleich bleibt es weiterhin möglich, die Fächer wie bisher zu Lernbereichen zusammenzufassen; hierzu ist dann ein Schulkonferenzbeschluss erforderlich.

Fit durch die Schule – 17 Schulen starten mit Projekt zur Bewegungsförderung

Gute Ideen für mehr Sport an der Schule werden belohnt. Für dieses Ziel haben sich die Schulbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg und die AOK Rheinland/Hamburg zusammengeschlossen und die Initiative „Fit durch die Schule“ initiiert. Insgesamt 17 Schulen starten zum Schuljahr 2013/14 mit ihrem Projekt zur außerunterrichtlichen Bewegungsförderung. Ziel der meist auf zwei Jahre angelegten Projekte ist es, Schülerinnen und Schüler durch den Spaß an der Bewegung zu motivieren, regelmäßig Sport zu treiben. So soll der Sport zum positiven Begleiter in ihrem Alltag werden.

In Hamburg haben seit 2009 etwa 50 Schulen mit 60 Projekten an der Initiative teilgenommen, weitere 17 starten nun zum 1. August 2013. Die Angebote sind vielschichtig: Schülerinnen und Schüler werden zu Sportassistentinnen und -assistenten ausgebildet, Kinder erhalten ein vielseitiges Lauftraining, Jungen tanzen Capoeira, ein Balancetraining als Voraussetzung zum sicheren

Radfahren wird angeboten. Die AOK Rheinland/Hamburg fördert diese Projekte mit bis zu 5.000 Euro.

„Weltlehrer“

Die Abteilung Ausbildung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung begrüßt erstmals Lehrkräfte, die in anderen Ländern einen vollwertigen Lehramtsabschluss erworben haben. Diese 18 Lehrkräfte werden berufsbegleitend auf ihren Einsatz im Hamburger Schulwesen vorbereitet. Alle 18 Lehrkräfte haben sich bereits einem sorgfältigen Prüfverfahren einschließlich der Überprüfung ihrer sprachlichen Eignung unterzogen.

Hamburg betritt mit der rechtlichen Anerkennung von Lehrkräften aus der ganzen Welt bundesweit neues Terrain. Die Abteilung Ausbildung hat diesen neuen Lehrkräften den Namen ‚Weltlehrer‘ gegeben. Den rechtlichen Rahmen für die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in anderen Ländern erworben wurden, bilden neue Gesetze auf EU-, Bundes- und Landesebene.

Die rechtliche Grundlage in Hamburg ist das Hamburgische Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen mit dem Hamburgischen Berufsqualifikations-feststellungsgesetz und speziellen Regelungen für Lehrkräfte, das bereits zum 1. August 2012 in Kraft getreten ist, sowie die daran anknüpfende Rechtsverordnung für die Anerkennung ausländischer Lehramtsbefähigungen (HmbBQFG-VO-Lehramt), die am 4. Juni 2013 vom Senat beschlossen wurde.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 428 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

5. August 2013/bsb05

Mehr Sicherheit für Schulanfänger: Schulsenator Ties Rabe verteilt „Schultüten“ an Autofahrer

Rund 15.500 Erstklässler erleben in Hamburg morgen ihren ersten Schultag. Doch nicht nur die Abläufe in der Schule sind für die Kleinen neu, auch der Weg zur Schule ist eine neue Erfahrung und häufig sind die ABC-Schützen auch hier Anfänger. Deshalb ist besondere Vorsicht im Straßenverkehr geboten. Autofahrer sollten gerade in den ersten Wochen des Schuljahres sehr aufmerksam sein und Rücksicht nehmen. Denn Kinder können Entfernung und Geschwindigkeit von Fahrzeugen nicht einschätzen und über parkende Autos nicht hinweg schauen.

Um Autofahrer darauf hinzuweisen, verteilte **Schulsenator Ties Rabe** Informations-Flyer in Form einer Schultüte. Sie fordern die Autofahrer auf, in der Nähe von Schulen besonders vorsichtig und langsam zu fahren. Die Maßnahme ist eine Gemeinschaftsaktion der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Polizei Hamburg, der Unfallkasse Nord mit den Hamburger Eltern.

Senator Rabe: „Um Unfälle zu vermeiden, reicht es nicht aus, die Kinder für den Straßenverkehr fit zu machen. Wir Erwachsenen müssen umdenken und umlenken. Die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr ist eine gesellschaftliche Verpflichtung und unsere gemeinsame Aufgabe!“

Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch: „Die Fahrzeugführer müssen in einer Großstadt wie Hamburg immer damit rechnen, dass Kinder plötzlich eine Straße überqueren. An Ampeln und Fußgängerüberwegen vertrauen Kinder auf die korrekte Beachtung der Verkehrsregeln durch die Autofahrer. Wer als Erwachsener Regeln verletzt und zum Beispiel bei Rotlicht in Kreuzungen einfährt oder das Geschwindigkeitslimit überschreitet, muss damit rechnen, dass die Hamburger Polizei konsequent einschreitet. Außerdem werden durch derartige Regelverletzungen besonders Kinder und schwächere Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr gefährdet.“

Jan-Holger Stock, Geschäftsführer der Unfallkasse Nord: „Wenn ein Schulkind auf dem Schulweg verunglückt, sorgen wir dafür, dass es schnell wieder gesund wird und in den Unterricht zurückkehren kann. Doch so weit muss es nicht kommen. Wir wollen die Zahl der Schulwegunfälle auf Dauer senken und dazu brauchen wir Ihre Unterstützung, liebe Autofahrer. Nehmen Sie Rücksicht auf die Jüngsten im Straßenverkehr. Nicht nur zum Schulbeginn.“

Die „Schultüten“-Aktion findet in Hamburg bereits zum 16. Mal statt. Rund 30.000 Info-Schultüten werden in ganz Hamburg in der Einschulungswoche an Hamburgs Autofahrer verteilt. Sie machen auf die Schulanfängerinnen und -anfänger aufmerksam und fordern zu mehr Rücksicht im Straßenverkehr auf.

Im vergangenen Jahr 2011 wurden in Hamburg 741 Kinder bei Verkehrsunfällen verletzt, 103 von ihnen schwer. Über die Hälfte der Unfälle wurden von Autofahrern verursacht. (Quelle: Verkehrsunfallstatistik der Polizei Hamburg).

Der Schultüten-Info-Flyer kann auf Wunsch als PDF-Dokument zugesandt werden.

Für Rückfragen der Medien:

Thomas Bressau
stellv. Pressesprecher
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel: (040) 4 28 63 – 2005
E-Mail: thomas.bressau@bsb.hamburg.de,
Internet: www.hamburg.de/bsb

Klaudia Gottheit
Unfallkasse Nord
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: (040) 271 53 - 403
Fax: (040) 271 53 - 1403
E-Mail: klaudia.gottheit@uk-nord.de

7. August 2013/pr07

Bürgermeister Scholz begrüßt die „europäische Avantgarde“

Willkommensfeier für 17 spanische und 2 portugiesische Auszubildende

Großer Bahnhof für 17 junge Auszubildende aus Spanien und Portugal: Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hieß die Gäste im Grone-Bildungszentrum Hamburg-Hammerbrook in ihrer neuen Heimat willkommen. Scholz ist damit der erste deutsche Ministerpräsident, der junge Arbeitslose aus Südeuropa persönlich begrüßt. Die zuvor arbeitslosen Südeuropäer werden von Grone betreut und haben zu Beginn dieser Woche ihre dreijährige Ausbildung in zwölf Hamburger Betrieben der Hotellerie und Gastronomie und einem Hotel in Timmendorfer Strand begonnen. Insgesamt sollen mit Hilfe von Grone 75 Ausbildungsplätze besetzt werden. Das Projekt gehört zur Initiative MobiPro der Bundesregierung.

Vor zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens, der Ausbildungsunternehmen und der beteiligten Institutionen wandte sich **Scholz** an die jungen Auszubildenden und sagte: „Ich freue mich sehr darüber, dass Sie sich für Hamburg als ihren neuen Lebensmittelpunkt entschieden haben. Sie haben Ihre Heimat verlassen, um bei uns eine Berufsausbildung zu absolvieren. Noch sind Sie damit Avantgarde – noch! In den kommenden zehn, zwanzig Jahren, davon bin ich überzeugt, wird es immer selbstverständlicher werden, dass Europäer, und zwar gerade die jüngeren, überall in Europa lernen und arbeiten.“

Dieses Projekt ist aus der Kooperation zwischen Grone und der Arbeitsverwaltung der autonomen Regierung von Castilla-La Mancha in Hamburg hervorgegangen. Noch nie in Deutschland sind so viele Gastronomieauszubildende im Rahmen einer einzelnen Aktion in Ausbildung vermittelt worden. Sie sind durch die „Grone Employment Services for Immigrants to Germany“ des Grone-Bildungszentrums für Qualifizierung und Integration Hamburg in ihrer Heimat angeworben und in Hamburg den Unternehmen vorgestellt worden; dort haben sie auch erfolgreiche Praktika absolviert, die nun zur Unterzeichnung der Ausbildungsverträge führten. Bei dem Projekt, das zum Sonderprogramm MobiPro-EU gehört, sorgt Grone auch für die Unterbringung der Auszubildenden in der Hansestadt, übernimmt den Deutschunterricht und hat eigens zwei sprachkundige „Kümmerer“ zur Betreuung während der Ausbildung, bei Behördengängen und in der Freizeit eingestellt.

Achim Albrecht, Vorstand der Stiftung Grone-Schule, initiierte die Aktion. Er sagte: „Wir von Grone haben überlegt, was wir zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa beitragen können. Wir stellen uns dem Anspruch, etwas dafür tun zu wollen, dass junge Menschen aus Europa auch in Deutschland eine Perspektive finden. Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit, Behörden, den kooperierenden Unternehmen, den Kammern und Verbänden, konnte es gelingen, 75 Ausbildungs- und Arbeitsplätze aus der Hotellerie für Bewerberinnen und Bewerber aus

Spanien und Portugal zur Verfügung zu stellen, von denen heute 17 bereits besetzt sind. Mit Hochdruck arbeiten wir daran, auch die noch freien Möglichkeiten zeitnah zu vermitteln.“

„Im täglichen Leben“, wandte sich Albrecht an die Auszubildenden, „werden Sie in Deutschland auf Freunde aus der ganzen Welt treffen. Deutschland ist international. Wir schätzen Ihre Traditionen, wir brauchen Ihre Talente, Ihre Vielfalt, Ihre Gestaltungskraft, Ihren Willen, Neues zu Lernen. Es ist eine gute Entscheidung, die Sie getroffen haben, gemeinsam mit Ihren Unternehmen den Weg in den Beruf zu gehen. Wir alle wollen Ihnen helfen, Barrieren zu überwinden und sich fernab der eigentlichen Heimat in Deutschland heimisch zu fühlen.“

Ángel de Goya Castroverde, Botschaftsrat für Arbeit und Soziales bei der Botschaft des Königsreichs Spanien in Berlin, sagte u.a.: „Mit großem Engagement hat die Grone-Stiftung an der Akquisition und Bewerberauswahl dieser ausbildungsinteressierten, jungen Menschen gearbeitet und konnte schließlich diese jungen Spanier rekrutieren.“

Sönke Fock, Vorsitzender Agentur für Arbeit Hamburg, sagte: „Grundlage der Suche war, in welchen Branchen wir Engpässe haben und wo wir in Deutschland aufgrund der fehlenden Verjüngung nicht genügend Auszubildende finden: In der Pflege, in der Hotel- und Gaststättenbranche, oder beispielsweise im Gesundheitswesen. Die hier versammelten Jugendlichen sind keineswegs eine Konkurrenz für den deutschen Nachwuchs, der jetzt noch keine Ausbildung begonnen hat. Die Südeuropäerinnen und Südeuropäer sind vielmehr eine Bereicherung für uns.“

Rose Pauly, Präsidentin des Dehoga Hamburg, führte unter anderem aus: „Das ist ein couragierter Schritt, für den ich Sie bewundere und Ihnen meinen Respekt bezeuge. Halten Sie durch. Sie bekommen die für unsere Branche beste Ausbildung der Welt. Ich wünsche Ihnen, dass Sie am Ende dieser drei Jahre ihre Entscheidung richtig finden, dass Hamburg für Sie ein Stück zu Hause geworden ist.“

Oliver Kohrs, Grone Bildungszentrum für Qualifizierung und Integration und im Grone-Konzern verantwortlich für die Grone-Employment Services for Immigrants to Germany, bedankte sich bei allen Beteiligten. An die Auszubildenden gerichtet sagte er: „Ich erachte es als mutigen und richtigen Schritt, das Heimatland zu verlassen und diesen Weg in eine Ausbildung in Deutschland einzuschlagen. Sie schaffen sich hierdurch eine berufliche Perspektive und sammeln in den kommenden Jahren bei uns wertvolle Erfahrungen, die auf Ihrem weiteren Lebensweg wichtig sein werden.“

Neben Grone und den Unternehmen sind an dem Projekt ebenfalls maßgeblich beteiligt der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga Hamburg und die Staatliche Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung G 11, an der der Berufsschulunterricht stattfindet. Wertvolle Unterstützung leisten die Spanische Botschaft in Berlin, das Spanische Generalkonsulat in Hamburg, die Bundesagentur für Arbeit Hamburg, die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit und die zuständigen Senatsbehörden.

Die Aktion wird ausgeweitet: Derzeit stellen sich 27 weitere Kandidaten, drei aus Portugal und 24 aus Spanien, als Praktikanten in Hamburger Hotels und bei Grone in Schleswig-Holstein vor. Außerdem hilft Grone aktuell zwei Einrichtungen der Altenpflege, um elf freie Ausbildungsplätze in einer Hamburger und einer Bremer Einrichtung zu besetzen.

In einer ersten Willkommens- und Informationswoche erhalten die spanischen und portugiesischen Auszubildenden an der Staatlichen Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung G 11 Informationen u.a. zu den Besonderheiten der Ausbildungsstrukturen in Deutschland allgemein sowie zum Ausbildungsablauf in Hamburg im Besonderen. Anschließend sollen die Jugendlichen in unterschiedliche Regelklassen integriert werden. Parallel dazu wird es an der Schule spezifische Unterstützungsangebote geben, zum Beispiel ein breiter gefächertes Wahlpflichtangebot mit Schwerpunkten auf Sprachvermittlung, Technologie und Lebenshilfe.

Rückfragen:

BKM Beratung Kommunikation Medien
Ludwig Rademacher; Tel 040 – 8787 - 7950
E-Mail: rademacher@hamburg-bkm.de

Pressestelle des Senats
Jan Büchner; Tel.: 428 31- 2183
E-Mail: jan.buechner@sk.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/senatskanzlei

5. August 2013/bwvi05

Runder Tisch Offshore fordert Verlässlichkeit

Die Energiewende braucht die Offshore-Technik. Die Offshoreindustrie braucht Verlässlichkeit. Mit einem deutlichen Plädoyer für eine kontinuierliche und nachhaltige Förderung der Offshore-Windenergie ist heute der „Runde Tisch Offshore“ zu Ende gegangen, zu dem die Wirtschaftssenatoren Frank Horch (Hamburg) und Martin Günthner (Bremen) ins Hamburger Rathaus eingeladen hatten. Der Einladung waren etwa 20 Vertreter aus den großen Unternehmen der Offshoreindustrie, von Banken und Gewerkschaftsvertreter gefolgt. Auch Staatssekretär Dr. Frank Nägele aus Schleswig-Holstein ist nach Hamburg gekommen. Frank Horch: „Uns geht es darum den engen Dialog mit der Offshorewirtschaft weiter zu vertiefen, um eine gemeinsame Energie- und industriepolitische Perspektive für die Zeit nach der Bundestagswahl zu entwerfen.“ Martin Günthner: „Die Zeit des Stillstands und der Unsicherheit muss überwunden werden. Sonst wird ein im Aufbau befindlicher Industriezweig massiv gefährdet.“

Die Offshore-Windindustrie bietet für die deutsche Küste große industrie- und energiepolitische Chancen. Offshore ist das Fundament der Energiewende – grundlastnah, wettbewerbsfähig und mit hervorragenden Perspektiven für die mittelständische Industrie.

Bereits heute gibt es rd. 10.000 Arbeitsplätze in dieser Zukunftsbranche. Über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten bis zum nächsten Jahrzehnt geschaffen werden. Damit verbunden sind neue Perspektiven für Werften, Häfen und Mittelstand. Derzeit sind acht Offshorewindparks vor der deutschen Nordseeküste in Bau. Weitere 20 sind genehmigt und annähernd 100 weitere Parks sind beantragt. Die Windparks bestehen in der Regel aus bis zu 80 einzelnen Anlagen.

Nachdem die Bundesregierung im Frühjahr mit Ihrem Versuch, die bestehenden Vergütungsregelungen rückwirkend zu ändern, massiv das politische Vertrauen in den Standort Deutschland gefährdet hat, werden seitens der Industrie die notwendigen Investitionsentscheidungen in die zweite Ausbauwelle derzeit zurückgehalten. Dies gefährdet die Offshore-Industrie als immer wichtiger werdenden industriellen Kern der Region. Um dies zu verhindern braucht diese für Norddeutschland und ganz Deutschland essenzielle wirtschaftliche Entwicklung verbindliche und klare Rahmenbedingung.

Horch und Günthner nach der Sitzung: „Der heutige Schulterschluss zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmer, Betreibern, Verbänden, Herstellern und der Politik zeigt die Relevanz des Themas Offshore für die Region. Die Branche hat erneut gezeigt, dass sie sich in der Verantwortung und in der Lage sieht, unverzichtbare Beiträge zum Gelingen der Energiewende zu leisten. Dies schließt die Bereitschaft ein, konsequent an der Kostenschraube zu drehen und alle Einsparpotentiale zu nutzen.“

Am Runden Tisch Offshore wurde von allen Seiten betont, dass aktuellen Probleme lösbar sind, dass es dazu aber im Rahmen der anstehenden EEG-Novelle nach der Wahl zum Deutschen Bundestag klare Rahmenseetzungen geben müsse. Dazu Holger Lange, Staatsrat der für Energiepolitik

zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Gerade wegen der Bedeutung der Offshore Windenergie für das Gelingen der Energiewende und der engen Verknüpfung von Industrie- und Energiepolitik ist es notwendig, dass wir uns auch weiterhin länderübergreifend für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Branche engagieren.“ Die Offshore-Industrie ist als junge Industrie auf politisches Vertrauen angewiesen. Die Branche fordert zuverlässige und langfristige politische Zusagen, um der Verunsicherung von Investoren entgegenzuwirken.

Konkret fordert der Runde Tisch Offshore:

- Das Stauchungsmodell muss verlängert werden, damit die von dem verzögerten Netzausbau betroffenen Offshore-Projekte unter den ursprünglichen Bedingungen realisiert werden können.
- Für bereits fertiggestellte Windparks müssen die heute geltenden Förderbedingungen garantiert werden.
- Die Übertragungsnetze und Netzanschlüsse der Windparks müssen planmäßig ausgebaut werden.
- Der Bund muss die Länder beim Ausbau der notwendigen Infrastruktur, insbesondere der Hafeninfrastruktur an der norddeutschen Küste unterstützen.

Die Teilnehmer waren sich auch darüber einig, dass es wichtig sei, in der Zukunft Kostensenkungspotentiale systematisch zu erarbeiten und zu realisieren. Dazu sei es aber unabdingbar erforderlich, dass die geplanten Folgeprojekte umgesetzt werden können. Günthner und Horch: „Für die dauerhafte gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende ist es wichtig, dass die Energiepreissteigerungen abgebremst werden. Es ist aber nicht akzeptabel, dass ausgerechnet der Ausbau der Offshorewindparks hierfür verantwortlich gemacht wird. Offshore wird mit jedem Projekt das realisiert wird, rentabler werden und damit mittelfristig einen Beitrag zur Beruhigung der Energiepreise liefern können.“

Rückfragen: Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke, Telefon: 040 42841 2239, Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de



Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

06.08.2013/kb06

Hamburger Kunsthalle: Alexander Otto ermöglicht umfangreiche Modernisierung

Dank 15-Millionen-Spende wird die Kunsthalle noch attraktiver – Stadt will parallel das Depot im Altbau sanieren

Durch eine großzügige Unterstützung des Hamburger Unternehmers und Mäzens Alexander Otto soll die Hamburger Kunsthalle umfangreich modernisiert und optimiert werden. Ziel ist es, die Hamburger Kunsthalle für die Besucher noch attraktiver zu machen und die Strahlkraft der international bedeutenden Sammlungen zu erhöhen. Parallel soll mit Mitteln der Stadt auch das Depot der Kunsthalle saniert werden. Der Beginn des umfassenden Projektes ist für Herbst 2014, die Fertigstellung für Ende 2015 geplant. Die Hamburger Kunsthalle bleibt während der Modernisierung geöffnet, einige Gebäudebereiche werden temporär geschlossen.

Alexander Otto wird persönlich und über die von ihm und seiner Frau gegründete „Dorit und Alexander Otto-Stiftung“ insgesamt 15 Millionen Euro an Planungs- und Bauleistungen als Sachspende für das Projekt bereitstellen.

Im Einzelnen sehen die Pläne vor, mit dem historischen Haupteingang einen zentralen und attraktiven Eingangsbereich zu schaffen. Damit verbunden ist die Wiederbelebung des repräsentativen Foyers und Treppenhauses des Gründungsbaus. Dadurch wird für die Besucher der bisherige Rundgang durch die Sammlung verbessert. Zudem sollen die Sammlungsräume der Alten Meister und des 19. Jahrhunderts modernisiert werden.

Des Weiteren sollen ein zentraler Saal für Vorträge und Eröffnungen sowie moderne Räumlichkeiten für die Wissenschaftler, die Restaurierung und die Verwaltung geschaffen, sowie die räumliche Situation des Bereichs Bildung und Vermittlung verbessert werden. Planung und Bauleitung liegen bei Alexander Ottos Firma ECE, die garantiert, dass die vereinbarten Budgets nicht überschritten werden.

Im Rahmen der umfassenden Modernisierung sollen außerdem die Depotflächen im Altbau der Hamburger Kunsthalle saniert werden. Für die Depotsanierung wird der Senat aus Mitteln der

Senatskanzlei zusätzlich vier Millionen Euro bei der Hamburgischen Bürgerschaft beantragen. Die Außenanlagen des Museums sollen zudem, teilweise durch Maßnahmen der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, aufgewertet und barrierefrei umgebaut werden.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Alexander Otto engagiert sich in bemerkenswerter Weise für Hamburg, er legt ein Bekenntnis zu seiner Stadt ab. Die Hamburger Kunsthalle ist Nutznießer dieses Bekenntnisses. Für die Stadt bleibt die Instandhaltung dieser wichtigen Hamburger Kulturinstitution ein Kraftakt – der ihr jetzt aber erheblich leichter fällt. Dafür ist Alexander Otto zu danken.“

Alexander Otto: „Ich bin seit vielen Jahren ein großer Freund der Hamburger Kunsthalle. Bei den Ausstellungen, die wir hier in den vergangenen Jahren unterstützen konnten, habe ich aber auch festgestellt, dass die Kunsthalle und ihre Kunstschatze nicht so im Bewusstsein der Hamburger sind, wie sie es verdient hätten. Die vielen An- und Umbauten in den letzten hundert Jahren haben es dem Besucher nicht einfacher gemacht, sich zurechtzufinden. Ich freue mich sehr, dass wir jetzt gemeinsam mit der Stadt der Kunsthalle wieder zu einem Rahmen verhelfen können, der dem Niveau der Stadt und den hier versammelten Kunstwerken entspricht.“

Dorit Otto: „Die Kunsthalle zeigt Tag für Tag, dass Kunst junge Menschen nicht nur bilden, sondern auch begeistern kann. Daher ist es wichtig, dass der Umbau auch die tägliche Bildungsarbeit der Kunsthalle mit 60.000 Kindern im Jahr deutlich erleichtern wird.“

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Hamburgs Kulturleben wurde schon immer von den hanseatischen Kaufleuten maßgeblich mit getragen. Alexander Otto setzt diese Tradition beispielhaft fort. Gemeinsam mit starken Partnern schaffen wir es, das kulturelle Erbe unserer Stadt dauerhaft zu sichern und die Kunst und Kultur in Hamburg weiter zu stärken. Wir werden im Gegenzug bei der Bürgerschaft Mittel für die Sanierung des Depots beantragen, um parallel zu den Umbauten auch die Lagerflächen im Altbau der Kunsthalle auf den neuesten Stand zu bringen.“

Prof. Dr. Hubertus Gaßner, Direktor der Hamburger Kunsthalle: „Ein lang gehegter Wunsch wird endlich wahr und dies Dank Alexander Otto, der als bedeutender Mäzen die Kunsthalle immer wieder gefördert hat. Als regelmäßiger Besucher kennt er unsere Wünsche für eine Verbesserung der Gebäude im Innen- und Außenbereich. Mit der neuen Ordnung der Räume und der Sammlung haben wir nun die einmalige Chance, die Kunsthalle als einen klar gegliederten Organismus zu gestalten und dem Besucher noch mehr als bisher ein vielfältiges aber zusammenhängendes Bild unserer Schätze zu vermitteln. Mit der Depotsanierung geht ein jahrzehntelanger Wunsch der Hamburger Kunsthalle endlich in Erfüllung.“

Dr. Stefan Brandt, Geschäftsführer der Hamburger Kunsthalle: „Dank der beeindruckenden Unterstützung besteht die historische Chance, die Kunsthalle zu einem großen Ganzen zusammenwachsen zu lassen. Die damit verbundene Optimierung der Betriebsabläufe hilft uns, die Besucherorientierung deutlich zu verbessern. Jetzt sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Hamburger Kunsthalle ihre Rolle als eines der führenden europäischen Kunstmuseen weiter ausbauen kann.“

Derzeit planen im Auftrag von Alexander Otto Architekten und Bauingenieure der ECE zusammen mit Experten der Kunsthalle, externen Spezialisten und den beteiligten Behörden die Details des geplanten Umbaus. Details zu den Baumaßnahmen und zur zeitlichen Planung stehen voraussichtlich Ende des Jahres 2013 fest.

Zum Hintergrund:

Die Hamburger Kunsthalle gehört zu den bedeutendsten und größten Kunstmuseen Deutschlands. Sie ist eines der wenigen Museen, in dem Besucher Kunst vom Mittelalter bis in die unmittelbare Gegenwart erleben können. Neben den Sammlungen erlangt die Hamburger Kunsthalle international Aufmerksamkeit mit hochkarätigen Sonderausstellungen, die jährlich tausende Besucher in die Hansestadt locken. In zentraler Lage zwischen dem Hauptbahnhof und der Alster setzt die Hamburger Kunsthalle seit fast 150 Jahren architektonische Akzente: Der ornamentgeschmückte Gründungsbau wurde 1869 nach Entwürfen von Georg Theodor Schirmacher und Hermann von der Hude eröffnet. Das Treppenhaus im Zentrum des Gründungsbaus gilt als einer der wenigen erhaltenen Raumentwürfe aus der Gründerzeit der Stadt. Der Erweiterungsbau von Albert Erbe und Fritz Schumacher im neoklassizistischen Stil aus hellem Muschelkalkstein wurde 1919 mit einem neuen Eingang, der seither als Haupteingang der Hamburger Kunsthalle dient, eingeweiht. 1997 eröffnete die Galerie der Gegenwart nach Plänen des Architekten Oswald Mathias Ungers.

Dorit Otto, die auch im Advisory Board der Kunsthalle sitzt, und Alexander Otto haben sich seit vielen Jahren als Förderer der Hamburger Kunsthalle verdient gemacht. Die Modernisierung ist bislang ihr größtes Förderprojekt in der Hansestadt. Ihre „Dorit und Alexander Otto-Stiftung“ förderte zuletzt u.a. die Sanierung von St. Katharinen und die TCM-Ambulanz im Mammazentrum des Krankenhaus Jerusalem.

Zusammen mit den von Alexander Otto initiierten Stiftungen „Stiftung Lebendige Stadt“, und „Alexander Otto Sportstiftung“ sowie seinem Unternehmen ECE hat der gebürtige Hamburger zudem u.a. bereits die Illumination der Speicherstadt, den Umbau des Jungfernstiegs, den Bau der Volksbank-Arena, den Umbau des Haus des Sports und die Planung des HSV-Campus im Volkspark

unterstützt. Darüber hinaus fördern seine Stiftungen jährlich viele kleinere und größere Projekte in Hamburg. 2011 wurde er hierfür mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Die ECE unterstützte in der Vergangenheit bereits mehrfach Ausstellungen zur niederländischen Malerei der Kunsthalle: 2004 „Vergnügliches Leben – Verborgene Lust“, 2005 „Pieter de Hooch – Der Liebesbote“, 2008 „Spiegel geheimer Wünsche“, 2010 „Segeln, was das Zeug hält“ und 2011 „Bruegel, Rembrandt & Co“.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

Dorit- und Alexander-Otto-Stiftung

Robert Heinemann

Mobil: 0163 - 8001956

Tel.: 040/60606-6353

E-Mail: presse@ece.de

Hamburger Kunsthalle

Mira Forte

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 040 / 428 131 - 204

E-Mail: presse@hamburger-kunsthalle.de

07.08.2013/kb07

Staatsarchiv restauriert Pläne von Fritz Höger

Bund-Länder-Mittel zum Erhalt des einmaligen Hamburger Archivguts bereitgestellt

Mit Unterstützung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts (KEK) des Kulturstaatsministers Bernd Neumann und der Kulturstiftung der Länder werden nun wertvolle Pläne des Architekten Fritz Höger durch das Staatsarchiv Hamburg restauriert.

Der Architekt des Chilehauses im Kontorhausviertel, Fritz Höger (1877–1949), hat mit seinen Bauten Hamburg nachhaltig geprägt. Auch in anderen Städten, wie Hannover, hat er mit seinen expressionistischen Backsteinbauten unter der Verwendung der Klinkerbauweise architektonische Zeichen gesetzt. Etwa 870 Baupläne, Entwürfe und Skizzen aus dem Besitz von Fritz Höger werden heute vom Staatsarchiv Hamburg verwahrt. Durch einen Brand in Högers Privathaus wurden sie jedoch erheblich geschädigt und können derzeit kaum genutzt werden. Mit finanzieller Unterstützung der KEK kann das Staatsarchiv eine Auswahl der bedeutenden Unterlagen restaurieren, digitalisieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hierzu gehören Pläne des Chilehauses und des Sprinkenhofs, einem zentralen Nachbarbau des Chilehauses im Kontorhausviertel.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Durch die Restaurierung der Unterlagen des Architekten Fritz Höger gelingt es der Stadt Hamburg, einen wertvollen Bestand des Staatsarchives zu sichern. Dank der Initiative des Staatsministers Bernd Neumann und der Kulturstiftung der Länder können wichtige Dokumente des Staates dauerhaft erhalten werden.“

Die Restaurierung der Pläne ist eins von 25 geförderten Modellprojekten der KEK, die mit insgesamt 300.000 Euro unterstützt werden. Die Initiative steht dieses Jahr unter dem Motto „Vorsorge im Großformat“ und dient dazu, wertvolles einmaliges Kulturgut, das oft in Sonderformaten vorhanden ist, zu erhalten. Weiter ist eine Notfallvorsorge in Katastrophenfällen und Prävention von Schadensfällen, die beispielsweise durch Hochwasser- oder Brandkatastrophen entstehen, geplant.

Die KEK ist eine Institution, die nach den Katastrophen von Weimar und Köln gemeinsam von Bund und Ländern eingerichtet wurde. Sie fördert innovative Modellprojekte, mit denen bedeutsame historische Unterlagen in Archiven und Bibliotheken bewahrt werden können.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Weiterführende Links:

www.staatsarchiv.hamburg.de

www.kek-spk.de

Terminkalender

Vom 12. August bis 18. August 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 12.08.2013

- 10:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Verabschiedung von Prof. Dr. Kirsten Baumann, Direktorin des Museums der Arbeit**, ein Grußwort.
- 10:00** Schule Charlottenburger Str. 84
Senator Ties Rabe übergibt die „**Biobrotboxen 2013**“ und spricht ein Grußwort
- 10:00** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an der **Vorstellung einer Studie zum Thema „Wind-Wasserstoff in der Region Untereibe“** teil.
- 10:00** Hamburgische Münze, Bei der neuen Münze 19
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt die **Erstprägung der Silbergedenkmünze anlässlich des Vorbeifluges des Kometen ISON an der Sonne** vor.
- 15:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Vorstellung und Besprechung des Buches "Intelligent wachsen. Die grüne Revolution" von Ralf Fücks** als Diskussionsgast teil.
- 18:00** Galerie im Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung mit Werken der Stipendiaten des „Artist in Residence“-Programms** ein Grußwort.
- 19:00** Fischauktionshalle, Große Elbstraße 9
Senator Michael Neumann nimmt an der **Verleihung des „Sport Bild Award 2013“** teil.
- 20:00** Nachtsyl, Thalia Theater, Alstertor
Staatsrat Michael Sachs hält einen **Vortrag zum Thema „Wohnungsbau in Hamburg, Bilanz der letzten zwei Jahre“** anlässlich einer Veranstaltung des **Architektur Clubs des BDA**.

Dienstag, den 13.08.2013

- 09:00** Handelskammer Hamburg, Albert-Schäfer-Saal
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Kongress „Urban 2030 – die Zukunft von Arbeiten und Wohnen in der Stadt“** ein Grußwort.

Mittwoch, den 14.08.2013

- 08:00** Pflegeheim KerVita, Neuenfelder Str.33-33a
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **25. IBA-Partner-Frühstücks** ein Grußwort.
- 08:30** Bürgerhaus Wilhelmsburg
Senator Michael Neumann nimmt an der **Personalversammlung der Feuerwehr** teil.

- 11:30** Käthnerort
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **SAGA GWG Richtfestes „Käthnerort“ (ehemaliges Gymnasium Uhlenhorst Barmbek)** ein Grußwort.
- 11:30** Eurogate Containerterminal
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Einweihung einer Windenergieanlage auf dem EUROGATE-Containerterminal Hamburg.**
- 11:45** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht anlässlich eines **Senatsfrühstücks für den Kapitän und die Besatzungsmitglieder des italienischen Segelschulschiffs NS Amerigo Vespucci** ein Grußwort.
- 14:00** Innenstadt, Neuer Wall 19
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Gedenkveranstaltung zur Einweihung der Stolpersteine für Benno und Kurt Manfred Hirschfeld** ein Grußwort.
- 18:00** Heinrich-Heine-Villa, Harvestehuder Weg 41
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **Sommerempfang des Hoffmann und Campe Verlags** teil.

Donnerstag, den 15.08.2013

- 08:30** Bürgerhaus Wilhelmsburg
Staatsrat Volker Schiek nimmt an der **Personalversammlung der Feuerwehr** teil.
- 12:00** Golfclub Treudenberg, Lehmsaler Landstraße 45
Senator Michael Neumann begrüßt die Teilnehmer des **2. Golfturniers** zu Gunsten der Stiftung Leistungssport und spricht anlässlich der Turnieröffnung ein Grußwort.
- 18:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht beim **Senatsempfang für den Diplomatenlehrgang des Auswärtigen Amtes aus Äthiopien** ein Grußwort.
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen des Festaktes anlässlich der **Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dr. Michael Otto** eine Rede.
- Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Frank Horch, Senator Ties Rabe, Senator Michael Neumann, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek, Staatsrat Volker Schiek nehmen teil.
- 19:00** Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Eröffnung des schwul-lesbischen Chorfestivals „Nordakkord“** ein Grußwort.

Freitag, den 16.08.2013

- 09:30** Bundesrat, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sondersitzung des Bundesrates** teil.
- 11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Senatsempfangs zum Abschluss der Summer Academy der Internationalen Seerechtsstiftung „IFLOS“** ein Grußwort.

- 13:30** Berufsbildungs- und Technologiezentrum, Werkstraße 600, Schwerin
Bürgermeister Olaf Scholz diskutiert im Rahmen einer **Informations- und Diskussionsveranstaltung der IHK Schwerin** mit Unternehmern zur Metropolregion Hamburg.
- 14:45** Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut, Heimhuder Straße 71
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der **Eröffnung des Wettbewerbs Finanzen der Zukunft 2013 des Bundes der Steuerzahler** teil.
- 16:00** Stadtteilkulturzentrum „Motte“, Eulenstraße 43
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Wiedereröffnung der „Motte“** ein Grußwort.
- 19:00** Stage School Hamburg, Am Felde 56
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Eröffnung der neuen Räumlichkeiten der Stage School Hamburg** ein Grußwort.

Samstag, den 17.08.2013

- 17:30** Hafencity, Magellanterrassen
Senator Michael Neumann besucht das letzte **Rennen des Stand Up Paddling World Cup** und nimmt die Siegerehrung vor.

Sonntag, den 18.08.2013

- 11:00** Doveelbe, Regattastrecke
Senator Michael Neumann besucht den **Europa-Cup der Junioren beim 3. Hamburger Freiwasserschwimmen**.
- 14:00** St. Pauli Theater, Spielbudenplatz 29
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Verleihung des Hamburger Kindertheaterpreises** ein Grußwort.